

16. Mai 2012

Rüstungsforschung an der Hochschule Bremen mit Rheinmetall Defence Electronics GmbH im Projekt „Argus“

Die Hochschule Bremen hat in den Jahren 2006/ 07 mit Rheinmetall Defence Electronics GmbH an dem Projekt „Argus“ gearbeitet. Auf der Projekthomepage heißt es: „Argus ist ein Unmanned Aerial Vehicle (kurz UAV) und ist ein Projekt der Hochschule Bremen und Rheinmetall Defence Electronics. Argus soll als maritime Flugdrohne eine Vielzahl an zivilen und militärischen Aufgaben autonom erfüllen können.“

Sowohl der Senat als auch die Hochschule Bremen betonen, dass keine Rüstungsforschung betrieben werde. Das Projekt „Argus“ beweist das Gegenteil:

Der militärische Charakter wird offen eingestanden. Damit ist die Aussage des Senats widerlegt, wonach keine „Rüstungsforschung im Land Bremen mit öffentlichen Mitteln betrieben wird“ (Drs. 18/186).

Wir fragen den Senat:

1. Wie lange bestand die Zusammenarbeit mit Rheinmetall Defence Electronics GmbH und der Hochschule an diesem Projekt?
2. Wie wurde das Projekt ARGUS finanziert? Sind öffentliche Gelder für dieses Projekt genutzt worden? Wenn ja, in welcher Höhe?
3. War die Mitarbeit am Projekt ARGUS im Studiengang Luft und Raumfahrt prüfungsrelevant und in wie fern gab es Wahlfreiheit bei der Belegung der entsprechenden Seminare?
4. Wie wurden die Studierenden des entsprechenden Seminars über den Charakter des beteiligten Rüstungsunternehmens Rheinmetall Defence Electronics im Vorfeld informiert?
5. Wie viele Angestellte der Hochschule Bremen und wie viele Angestellte von Rheinmetall waren an den Projekt beteiligt (bitte nach Statusgruppen aufschlüsseln)?
6. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass eine öffentliche Hochschule mit einem Rüstungsunternehmen an einer Drohne arbeitet, die explizit militärisch genutzt werden soll?
7. In wie fern sieht der Senat einen Widerspruch zwischen dem Rüstungsprojekt ARGUS und seiner Haltung, wonach keine „Rüstungsforschung im Land Bremen mit öffentlichen Mitteln“ betrieben werde?
8. In wie fern ist der Senat der Meinung, dass Projekte wie ARGUS "Rüstungsforschung" im Sinne des Bürgerschaftsbeschlusses 17/1772 darstellen und durch eine zu erarbeitende, hochschulinterne Zivilklausel zu verhindern wären?
9. In wie fern sieht der Senat die Notwendigkeit einer Ergänzung des Hochschulgesetzes durch eine wirksame Zivilklausel?

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

In Verbindung stehende Artikel:

 [LINKE kritisiert: Zwei eindeutige Forschungsprojekte mit klar militärischem Charakter an Hochschule und Universität](#) - 16.05.2012 08:00

Quelle:

<http://www.linksfraktion-bremen.de/buergerschaft/anfragen/detail/artikel/ruestungsforschung-an-der-hochschule-bremen-mit-rheinmetall-defence-e>